britischer Agent im Einverständnis mit denselben englischen Kreisen nach Ostberlin entwichen sei, denen jedes Mittel zur Störung der EVG-Pläne und der deutsch-amerikanischen Allianz recht sei und die zu demselben Zweck schon die Nau-Nau-Aktion inszeniert hätten.

*

Der stellvertretende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Oberst a. D. Radtke, ermittelt gegenwärtig, auf welche Weise John während seiner Amtszeit in den Besitz sowjetzonaler Originaldokumente gekommen ist. Der ehemalige Abwehrchef des Amtes Blank, Friedrich Wilhelm Heinz, hat nämlich vor Beamten des Bundeskriminalamtes ausgesagt, der Oberbundesanwalt habe ihm während seiner Auseinandersetzung mit John einen Fragebogen vorgehalten, den Frau Heinz 1945 im sowjetzonalen Pieskow ausgefüllt hatte. Dieses Originaldokument sei von John persönlich nach Karlsruhe geschickt worden.

*

Nach dem Plan des Zentralkomitees der SED wird John etwa zwei bis drei Monate lang propagandistisch herausgestellt werden können. Danach werde das Interesse und damit die Wirkung im Westen nachlassen. John soll später Westkontakte herstellen und ehemalige Bekannte und Mitarbeiter persönlich beeinflussen. Der „Ausschuß für deutsche Einheit", der John lenkt und seine Pressekonferenz arrangierte, untersteht personell und taktisch der Westkommission des Zentralkomitees der SED, die wiederum dem West-Operativ des Staatssicherheitsdienstes (SSD) parallelgeschaltet ist. Eine konspirative Rolle ist John offensichtlich nicht zugedacht.

Status

Schweizer Journalisten sind von der Genfer Konferenz her im Besitz vertraulicher Informationen, wonach die Sowjet-Union auf einer neuen Deutschland-Konferenz die Teilung Deutschlands auf rund 20 Jahre vorschlagen würde. Im Jahre 1976 solle dann eine Volksabstimmung über den Status Gesamtdeutschlands entscheiden.

Aufmarsch

Mitglieder der deutschen EVG-Delegation in Paris kolportieren die Ansicht, die Sowjets seien keinesfalls in der Lage, Westeuropa überraschend anzugreifen. Zu einem Angriff müßten sie erhebliche Panzertruppen über die Weichsel schleusen; eine solche Truppenbewegung würde durch die alliierten Geheimdienste frühzeitig ermittelt werden. Einem Aufmarsch im polnisch-ostdeutschen Raum würden die Nato-Streitkräfte durch „offensive Verteidigung" begegnen.

Zahlen

Die Urabstimmung der bayerischen Metallarbeiter über ihren Lohnstreik erbrachte 110 342 Stimmen für den Streik bei insgesamt 120 597 abgegebenen gültigen Stimmen. Damit waren 91 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen für den Streik. Vor der Urabstimmung hatten aber Funktionäre zur Bekräftigung der gewerkschaftlichen Legitimation behauptet, 215 155 Beschäftigte oder 85 Prozent von 257 366 Arbeitnehmern der bayerischen Metallindustrie seien gewerkschaftlich organisiert. Der bayerische Arbeitgeberverband rechnete das gewerkschaftliche Zahlenspiel nach und kam zu folgendem Ergebnis: „Setzt man die nicht abstimmungsberechtigten Lehrlinge und die Beschäftigten im Hochwassergebiet, wo nicht gestreikt wird, von den 257 366 Beschäftigten ab, so bleiben rund 240 000. Da nach Angabe der Gewerkschaft 85 Prozent der Beschäftigten organisiert sind, müssen rund 204 000 Beschäftigte zur Teilnahme an der gewerkschaftlichen Urabstimmung berechtigt gewesen sein. Die Ja-Stimmen (110 342) machten demnach zwar vielleicht 91 Prozent der *abgegebenen* Stimmen, aber nur rund 54 Prozent der Abstimmungs*berechtigten* aus. Folglich waren die nach den Satzungen der Gewerkschaft (§ 14) zum Streikbeschluß erforderlichen 75 Prozent Ja-Stimmen aller Stimmberechtigten nicht erreicht." Die Gewerkschaften trugen zur Klärung dieser Zahlenmystik lediglich die Bemerkung des Gewerkschaftsfunktionärs Eßl bei: „Es mag Zeiten gegeben haben, wo man diese Dinge mit den Zahlen nicht so ernst nahm."

Zitate

„Ich werde der erste Botschafter Moskaus in Bonn sein. Wir werden uns im nächsten Frühjahr wiedersehen." (Äußerung des abberufenen sowjetischen Hochkommissars und Botschafters in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, Semjonow, gegenüber britischen Diplomaten.)

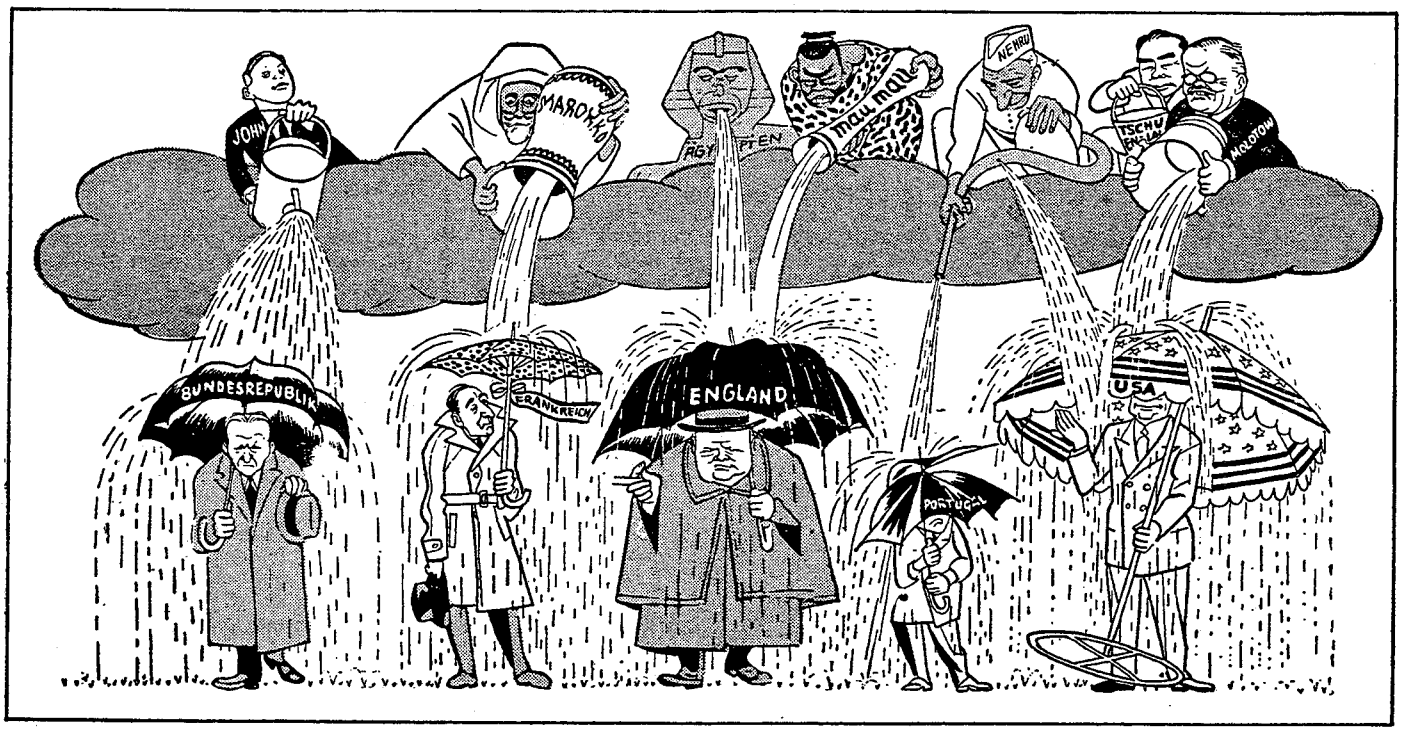
*

„Wir haben in den letzten Jahren in der Bundesrepublik viel zu sehr im Bann der Außenpolitik gestanden. Wir hätten uns mehr um die innenpolitischen und sozialen Fragen kümmern sollen." (Erik Blumenfeld, Vorsitzender der Fraktion des bürgerlichen „Hamburg Blocks", in der Streikdebatte der Hamburger Bürgerschaft.)

Hörensagen

Nach neuestem Bonner „on dit"

- ist der deutsche Generalkonsul in New York, Hans Riesser, davon unterrichtet worden, daß er nach seinem 67. Geburtstag im September nicht noch einmal mit einer Verlängerung seiner Amtszeit rechnen kann; seine Versetzung in den Ruhestand ist bereits zweimal um ein Jahr verschoben worden. Riesser, der im Dritten Reich aus rassischen Gründen Nachteile erlitt und der heute in Personalunion mit seinem Generalkonsulsposten auch das Amt eines deutschen Beobachters bei der Uno wahrnimmt, soll nicht unbeteiligt gewesen sein, als im Frühjahr dieses Jahres der Plan, Botschafter Pfeiffer zum Uno-Beobachter der Bundesrepublik zu bestellen, vorzeitig bekannt wurde und einen Entrüstungssturm bei den Juden Amerikas hervorrief, der zum Verzicht auf die Ernennung Pfeiffers führte.



Eiseviers Weekblad

Der verregnete Sommer